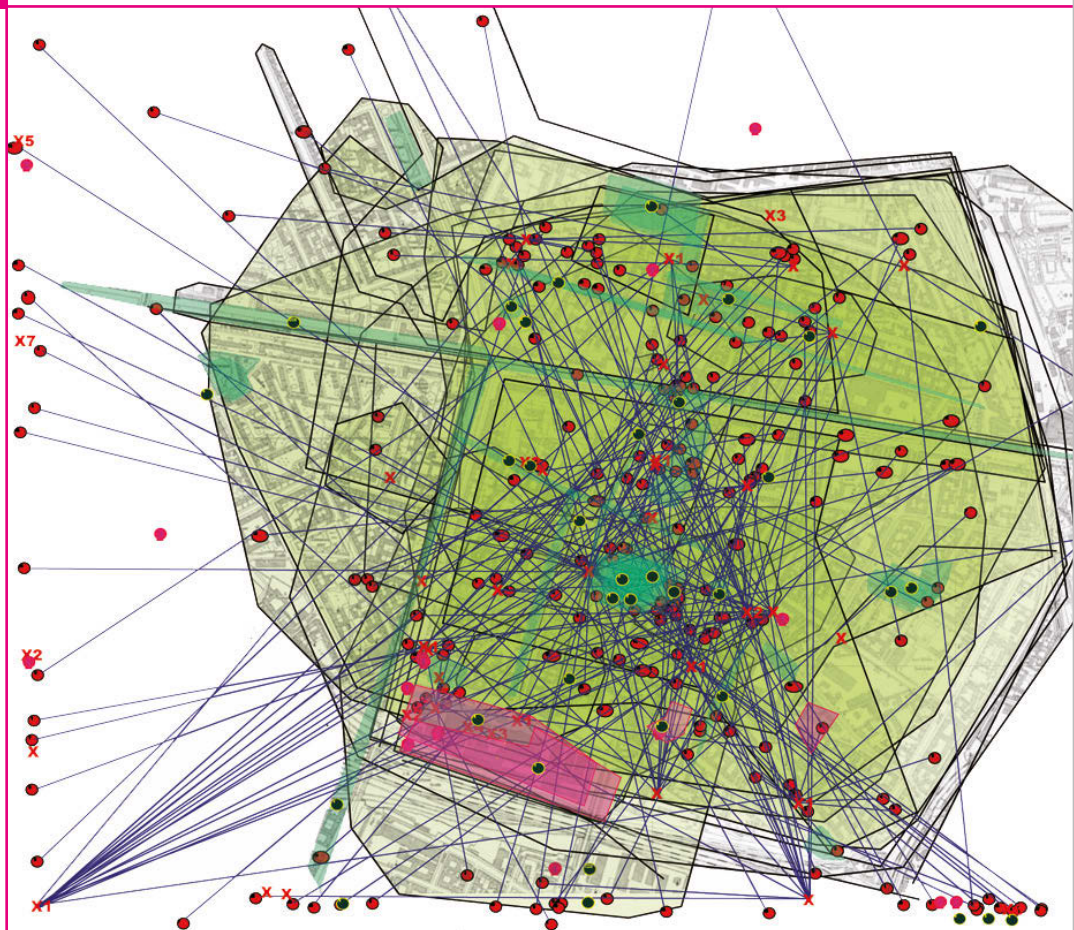


Daniel Dahm, Gerhard Scherhorn

# URBANE SUBSISTENZ

Die zweite Quelle des Wohlstands

2. Auflage



# Inhalt

Vorwort	9
Zu den empirischen Erhebungen	12

## Erster Teil: Die unsichtbare Wirtschaft

<b>Kapitel 1: Subsistenz, die Grundlage des Erwerbs</b>	<b>16</b>
1.1 Zur Bedeutung der Subsistenz	16
<i>Anpassung an die Natur</i>	16
<i>Wider den Vorrang des Produkts</i>	19
<i>Einsatz für marktfreie Güter</i>	21
<i>Auf dem Weg in die Tätigkeitsgesellschaft?</i>	24
1.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft	27
<i>Subsidiarität und Solidarität</i>	28
<i>Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz</i>	30
1.3 Der blinde Fleck auf der Wirtschafts-Landkarte	34
<i>Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten: ausgeklammert</i>	34
<i>Komplementäre Infrastrukturen: unbeachtet</i>	36
1.4 Modernisierung der Subsistenz	39
<i>Subsistenzorientierung in privaten Entscheidungen</i>	39
<i>Subsistenzorientierung der Gesellschaft</i>	41
<b>Kapitel 2: Bezeichnungen und Größenverhältnisse</b>	<b>46</b>
2.1 Bereiche des informellen Wirtschaftens	46
<i>Das Nebeneinander informeller und formeller Arbeit</i>	46
<i>Kriminelle Ökonomie und Schattenwirtschaft</i>	49
<i>Die private und die öffentliche Subsistenzarbeit</i>	50

2.2	Bezeichnungen für öffentliche Subsistenzarbeit	51
	<i>Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit?</i>	51
	<i>Freiwillige Arbeit, Bürgerarbeit, Engagement</i>	52
2.3	Die quantitative Bedeutung der Subsistenzökonomie	54
	<i>Beziehungen der informellen zur formellen Arbeit</i>	54
	<i>Empirische Größenverhältnisse</i>	55

## **Zweiter Teil: Das bürgerschaftliche Engagement**

<b>Kapitel 3:</b>	<b>Die Mühen des Sichtbarmachens</b>	<b>60</b>
3.1	Hypothesen	60
3.2	Recherchen	62
3.3	Kartierung	69
3.4	Quantitative Befragungen	71
3.5	Qualitative Befragungen	73
3.6	Mental Maps	76
<b>Kapitel 4:</b>	<b>Die Einrichtungen der Bürgerarbeit</b>	<b>78</b>
4.1	Übersicht	78
4.2	Räumliche Verbreitung	83
4.3	Mischung der Funktionen	91
<b>Kapitel 5:</b>	<b>Die bürgerschaftlichen Tätigkeiten</b>	<b>98</b>
5.1	Das Miteinander der Systeme	98
5.2	Die Vielfalt der Bürgerarbeit	103
5.3	Der Beitrag zur Infrastruktur	109
5.4	Ein Beispiel: ‚Das Haus – Begegnungsstätte für Kindheit‘	114
5.5	Zur Vernetzung bürgerschaftlicher Einrichtungen	120
5.6	Einzugsgebiete und Wirkungsebenen	123
5.7	Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz: unverzichtbar	128

**Dritter Teil:  
Das Besondere der informellen Arbeit**

<b>Kapitel 6: Qualitätsorientierte Produktivität</b>	<b>136</b>
6.1 Umdenken beim Produktivitätsbegriff	136
<i>Produktivitätssteigerung nicht auf Kosten der Qualität</i>	136
<i>Qualitätsmanagement ist keine Garantie</i>	137
<i>Produktivität in der Subsistenzarbeit</i>	138
6.2 Zur Finanzierung der informellen Arbeit	140
<i>Was finanziert werden muss</i>	140
<i>Die Finanzierungsquellen</i>	141
6.3 Zur Rentabilität der öffentlichen Zuschüsse	143
<i>Eine Modellrechnung</i>	143
<i>Vervielfachung durch Engagement</i>	145
<b>Kapitel 7: Intrinsische Motivation</b>	<b>148</b>
7.1 Erwerbsarbeit wird extern stimuliert	148
<i>Unterminierung der Autonomie</i>	148
<i>Der fordistische Gesellschaftsvertrag</i>	150
<i>Veränderte Machtrelationen</i>	151
<i>Veraltete Vorstellungen – neue Bedingungen</i>	152
7.2 Bürgerarbeit ist selbstbestimmt oder gar nicht	154
<i>Zum Begriff der intrinsischen Motivation</i>	154
<i>Zur Motivation des bürgerschaftlichen Engagements</i>	155
<i>Selbstbestimmtheit und Produktivität</i>	157
7.3 Intrinsische Motivation in der Eigenarbeit	158
<i>Erhebungen zur privaten Subsistenz</i>	158
<i>Häufigkeit und Wertschätzung der Eigenarbeit</i>	161
<i>Zum wirtschaftlichen Ertrag der Eigenarbeit</i>	164
<i>Ausgleich für Einkommensrückgang?</i>	166
7.4 Der Beitrag zur Lebensqualität	168

<i>Nicht der materielle Nutzen ist das Befriedigende</i>	168
<i>Zur Messung des Wohlbefindens</i>	169
<i>Zur Bedeutung des selbstbestimmten Handelns</i>	172
<i>Das Unbefriedigende an sozialer Eigenarbeit</i>	176
<i>Warum sollte die Erwerbsarbeit nicht selbstbestimmt sein?</i>	179

**Vierter Teil:  
Ein Modell für Nachhaltigkeit**

<b>Kapitel 8: Subsistenz in den Zeiten nachhaltiger Entwicklung</b>	<b>186</b>
8.1 Nachhaltigkeit braucht Subsistenz	186
<i>Von der defensiven zur kultivierenden Subsistenzarbeit</i>	186
<i>Von der ökologischen zur gesellschaftlichen Subsistenzarbeit</i>	189
<i>Vom Überkonsum zum nachhaltigen Konsum</i>	193
<i>Vom Zeitalter der Produktion zu dem der Verteilung</i>	195
8.2 Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung	197
<i>Zähmung des Finanzkapitals</i>	197
<i>Regeln für nachhaltigen Wettbewerb</i>	202
8.3 Das Miteinander von Erwerb und Subsistenz	206
<i>Was bleibt von der Subsistenzarbeit?</i>	206
<i>Grundeinkommen oder Tätigkeitsgesellschaft</i>	209
8.4 Unterstützung für die Subsistenzökonomie	214
<i>Wahrnehmung und Würdigung</i>	214
<i>Grundfinanzierung und Einzelfallhilfen</i>	217
<i>Räume und Mitarbeiter</i>	219
<b>Literatur</b>	<b>222</b>
<b>Sachregister</b>	<b>236</b>

# Vorwort

Hautnäher als die Verluste an biologischer und ökologischer Vielfalt oder das Sterben von Landschaften, Waldflächen und Meeren, die so weit weg erscheinen, kann der Klimawandel den Blick dafür schärfen, dass die heutigen Formen der industriellen Güterproduktion und des Konsums ihre *natürlichen* Grundlagen aufzehren. Sie beuten die Ökosysteme aus, auf denen sie beruhen, ohne deren Schöpfungs- und Regenerationskraft wiederherzustellen. Der Klimawandel ist insofern sichtbarer, fühlbarer und messbarer Ausdruck nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster.

Das ist aber nur der eine Teil der Lektion, der die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit thematisiert. Der andere Teil betrifft die *gesellschaftlichen* Grundlagen der Produktion, die Sozialsysteme, doch diese Lektion wird bisher noch weniger verstanden: Sozialsysteme werden ausgehöhlt, wenn ihre Funktion allein darin gesehen wird, der Vermehrung der Warenproduktion zu dienen.

Denn die soziale Dimension von Nachhaltigkeit erschließt sich auch in der Bereitstellung von *marktfreien* Gütern – von selbstbestimmter Entfaltung und guter, gesunder Lebensführung; von menschlicher Zuwendung und sozialer Eingebundenheit; von Unabhängigkeit und Sicherheit; von gemeinschaftsbezogenem Handeln und gemeinnützigem Einsatz für Angelegenheiten der Öffentlichkeit, der Regionen, Kommunen, Schulen und sozialen Gruppen, für Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft und gegenüber anderen Gesellschaften. Ohne die marktfreie Produktion und Reproduktion von Gütern und Dienstleistungen stünde die soziale Kohärenz und die nachhaltige Funktionsfähigkeit von Gesellschaften in Frage.

Solche Güter und Dienstleistungen sind nicht zu kaufen, sie werden in Sozialsystemen – in Familie, Freundeskreis und Haushalt, Verein und Initiative, Nachbarschaft und Kommune – vom selbsttätigen Handeln der Menschen hervorgebracht. Es sind immaterielle Produkte moderner Formen von *Subsistenz*, gemeinsamer Selbstversorgung, und sie sind nötiger denn je, zumal in den städtischen Räumen.

Immer mehr Menschen, schon jetzt über die Hälfte der Weltbevölkerung, leben in Städten, in Deutschland sogar weit über achtzig Prozent. Für die

Funktionsfähigkeit der Städte ist die Selbstversorgung mit marktfreien Gütern ebenso wichtig wie für den ländlichen Raum, und mit der Größe der Stadt wächst der Bedarf an den Leistungen bürgerschaftlichen Engagements sogar überproportional; dennoch werden die urbanen Ausprägungen der Subsistenz relativ wenig beachtet, in ihrer Eigenart nicht recht gewürdigt und jedenfalls zu wenig gefördert.

Auch das Wechselverhältnis und die Übergangsformen zwischen diesen modernen Formen von Subsistenz und der scheinbaren Normalität der Erwerbsarbeit sind bisher wenig erforscht. Denn einerseits erzwingt Arbeitslosigkeit subsistenzähnliche Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, andererseits sind selbstbestimmtere Formen von Eigenarbeit auch Quellen von Lebensqualität und Voraussetzungen bzw. Übergangsformen für Erwerbsarbeit.

Dem besseren Verständnis der *urbanen* Subsistenz ist dieses Buch gewidmet. Es ist aus mehrjähriger Beschäftigung beider Autoren mit der freiwilligen, unbezahlten Arbeit hervorgegangen. Daniel Dahm hat das Phänomen der Subsistenz und ihrer Beziehung zu Wohlstandsvorstellungen seit seiner Feldforschung in Gambia 1998 nicht mehr losgelassen; der städtischen Subsistenz widmete er seine Dissertation. Gerhard Scherhorn unternahm zur gleichen Zeit eine erste empirische Erkundung des subjektiven Wohlbefindens bei der häuslichen, handwerklichen, sozialen und nachbarschaftlichen Selbsttätigkeit, die dem Haus der Eigenarbeit in München viele Anregungen verdankte.

Seitdem haben beide am Thema der urbanen Subsistenz zusammengearbeitet, als erstes in einem Projekt des Wuppertal Instituts zur Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements in Köln. Der dafür von Daniel Dahm entwickelte methodische Ansatz wurde dann, inhaltlich erweitert, in einer dreijährigen Studie auf Berlin, Köln und Stuttgart angewandt. Die Ergebnisse werden hier zum ersten Mal breiter veröffentlicht; sie sind vor allem im 3. bis 5. Kapitel dargestellt. Ergebnisse der Studie über die Eigenarbeit sind in das 7. Kapitel eingeflossen.

Doch geht es in diesem Buch nicht allein um die Darstellung der empirischen Erhebungen. Es soll das Verständnis für eine mögliche neue Form der Subsistenzorientierung vertiefen, die in den Zeiten der Industrialisierung als überholt betrachtet wurde, durch die Notwendigkeit nachhaltiger Ent-



wicklung aber in ein neues Licht rückt. Damit könnte sich der Blick dafür öffnen, dass wir die Erhaltung der natürlichen und der soziokulturellen Grundlagen des Lebens nicht vom technischen Fortschritt in der Warenproduktion allein erwarten können, sondern erst von einer zeitgemäßen Verbindung des Schutzes öffentlicher Güter mit individueller Eigentätigkeit und bürgerschaftlicher Netzwerkarbeit. Das Buch soll das Verständnis dafür wecken, wie weit das komplementäre Verhältnis von Erwerb und Subsistenz als ein unverzichtbarer Beitrag zur Nachhaltigkeit verstanden und gestaltet werden kann.

*Peter Hennicke*  
*Wuppertal Institut für*  
*Klima, Umwelt, Energie GmbH*

*Jens Mittelsten Scheid*  
*Stiftungsgemeinschaft*  
*anstiftung & ertomis*



**Erster Teil:**  
**Die unsichtbare**  
**Wirtschaft**

# Kapitel 1: Subsistenz, die Grundlage des Erwerbs

## 1.1 Zur Bedeutung der Subsistenz

Zugegeben, das Wort ist mit einem Vorurteil belastet. Es erinnert an die nomadische und später agrarische Selbstversorgungswirtschaft. Sie hat die den allergrößten Teil der menschlichen Geschichte geprägt, doch seit das Wirtschaftsbild vom Markt dominiert ist, glaubt man gern, man habe sie endgültig hinter sich gelassen. Richtig ist daran nur, dass wir heute mehr Produkte und Dienste über den Markt beziehen und weniger selbst produzieren als in der Vorzeit. Doch es hat immer auch Marktbeziehungen gegeben, und der Anteil der Selbstversorgung ist heute zwar geringer, aber keineswegs unerheblich, und nur wenig davon kann durch den Markt ersetzt werden.

Denn mögen sich auch die Formen von Subsistenz und Markt gewandelt und die Relationen zwischen ihnen verschoben haben, ihre Funktionen sind geblieben. Die Funktion der Subsistenz ist weder an die nomadische noch an die bäuerliche Existenzweise gebunden, sondern an die eigentliche Wortbedeutung, das Standhalten.

### *Anpassung an die Natur*

„Der prinzipielle Unterschied zwischen einer Subsistenzwirtschaft und ihrem Gegenteil sowie historischen Nachfolger, der Marktökonomie, liegt darin, dass letztere sich auf die Bildung von ‚Überschuss‘ (Surplus), also auf das Prinzip der ‚Maximierung‘ orientiert. Der Subsistenzwirtschaft dagegen wird als Grundstrategie die ‚Risikominimierung‘ zugerechnet, womit gemeint ist, dass sie auf eine stationäre Einnischung in einen bestimmten Lebensraum zielt.“ Mit dem „bestimmten Lebensraum“ ist eine Umwelt gemeint, die auch unter günstigen Umständen nur eine begrenzte Anzahl von Menschen tragen kann, in schwierigeren Zeiten aber noch weniger. Deshalb reagiert die Subsistenzwirtschaft auf ein vorübergehend vermehrtes Angebot von Ressourcen „nicht mit vermehrtem Konsum oder gar mit Bevölkerungswachstum, sondern mit einer Einschränkung des Beschaffungsaufwandes, also mit Erhöhung des immateriellen Luxus“ (Sieferle 1997, 23; vgl. auch Groh 1992).

Wie Siefertle schildert, kann man *Subsistenzorientierung* nennen. Der Begriff ist gleichermaßen in modernen Gesellschaften anwendbar. Baier, Bennholdt-Thomsen und Holzer haben diese Lebenshaltung bestimmter bäuerlicher Familien so beschrieben: „Sie betreiben einen Gelderwerb mit Subsistenzorientierung, sie halten gerade so viele Kühe, so viele Schweine, dass sie ihr Auskommen haben, mehr nicht. Sie müssen nicht jede Subvention mitnehmen, wichtiger ist ihnen, Herr ihrer eigenen Ökonomie zu bleiben“ (2005, 55).

In diesem Beispiel ist die Subsistenzorientierung eine Strategie, die Erwerbswirtschaft komplementär zu nutzen, sich aber von ihr nicht oder möglichst wenig abhängig zu machen, von ihren konjunkturellen Schwankungen, ihren Produktions- und Lieferzwängen, ihren Vereinnahmungstendenzen. Hier deuten sich die „modernen“ Beweggründe der Subsistenzorientierung an, die die paläolithischen Jäger- und Sammlergesellschaften noch nicht kannten.

Bei diesen war sie eine Strategie der Anpassung an die schwankende Menge der nachhaltig verfügbaren naturgegebenen Ressourcen: Man orientierte sich an den auch in schlechten Zeiten erreichbaren Mindesterträgen und gab sich damit zufrieden, so dass die besseren Zeiten nicht zu mehr Nahrung, sondern zu weniger Arbeit und mehr „Luxus“ genutzt wurden. Der Luxus bestand darin, dass auf die Pflege und den Genuss der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen in Anleitung und Übung, Gespräch und Muße, Spiel und Ritus viel Zeit verwendet wurde. Sahlins (1972) hat deshalb von „ursprünglichen Überflussesgesellschaften“ gesprochen. Sie lebten im Überfluss, weil ihre materiellen Ansprüche gleichblieben, wenn die verfügbaren Mittel zunahmen.

Mit dem Sesshaftwerden und dem Landbau wurden die Schwankungen der Erträge durch Vorratshaltung und Handel verringert, so dass das Niveau der Lebenshaltung stieg; der Luxus verlagerte sich von der Muße auf die materiellen Güter, war aber nun den Reicherer vorbehalten. Denn mit der Produktion nahm die Bevölkerung zu, so dass die gestiegene Produktion nicht nur mit viel mehr Arbeit erkaufte werden, sondern auch auf mehr Menschen verteilt werden musste; so war für die Masse der Menschen weiterhin nur ein karges Leben möglich, aber mit mehr Mühe verbunden.

Erst der technische Fortschritt hat in den Industriegesellschaften so etwas wie einen Überfluss an materiellen Gütern *für alle* hervorgebracht – allerdings nur vorübergehend. Denn dieser entstand durch Raubbau an der natürlichen Mitwelt, deren Belastungsgrenzen schon jetzt weit überschritten sind, also durch *Überproduktion*, gemessen an der Tragfähigkeit unseres Planeten. Der

Überfluss ist aus drei Gründen nicht aufrechtzuerhalten: Erstens wollen auch die weniger entwickelten Gesellschaften mit Recht an den schrumpfenden Ressourcen teilhaben. Zweitens hat der medizinische Fortschritt die Bevölkerungszahlen auf ein beängstigendes Niveau ansteigen lassen, drittens hat der Fortschritt des Wissens eine Marginalisierung der einfachen Arbeitskräfte mit sich gebracht, so dass in der digitalisierten Produktion zusehends weniger von ihnen gebraucht werden. So „kann man damit rechnen, dass sich der materielle Konsum für die Mehrzahl der Menschen wieder auf einem niedrigeren Niveau einpendeln wird, wie es für die älteren Hochkulturen üblich war“ (Sieferle 1997, 26).

Den Beginn dieses Einpendelns erleben wir heute. Weltweit hat eine Angleichung der Einkommen begonnen, in den aufsteigenden Industrieländern nach oben, in den reifen Industrieländern nach unten. Sie werden sich auf einem mittleren Niveau treffen, das sicher noch lange eine beträchtliche Bandbreite haben, jedenfalls aber deutlich niedriger sein wird als es die reicheren Länder in den letzten Jahrzehnten gewöhnt waren. Der Überfluss an materiellen Gütern pro Kopf wird sich verringern, denn Produktion und Konsum müssen sich an die Begrenztheit der Mittel – der Ökosysteme, der erneuerbaren Energien und Stoffe und der wiederverwendbaren nichtnachwachsenden Ressourcen – anpassen, und die erzeugten Güter müssen auf mehr Menschen verteilt werden.

Der Prozess würde sich zwar reibungsloser vollziehen, wenn die ökonomische Globalisierung, die ihn vorantreibt, von Anfang an unter das Gebot eines ökologisch und sozial „nachhaltigen Wettbewerbs“ (Scherhorn 2005b) gestellt worden wäre, so dass sie ohne Öffnung der Verteilungsschere und mit rückläufiger statt immer noch zunehmender Naturzerstörung und Aufheizung des Weltklimas vor sich ginge. Das Einpendeln des materiellen Konsums auf ein – für die Industriegesellschaften – deutlich niedrigeres Niveau wäre dann für die Betroffenen plausibler, gerechter und humaner; erspart würde es ihnen nicht.

Denn die erneute Anpassung an die Natur erzwingt eine Reduktion des *materiellen* Konsums, also mehr der Waren als der Dienste, wie sie schon länger vorhergesehen wird (vgl. z.B. Durning 1992). Der nachhaltige Konsum wird eine andere Struktur haben: Auf den Märkten werden die Käufe von Waren im Anteil abnehmen und die von Dienstleistungen zunehmen, zugleich aber werden an der Gesamtwirtschaft die Eigenproduktion privater Versor-

gung, der marktfreie Austausch eigenproduzierter Leistungen und nicht zuletzt die in bürgerschaftlichem Engagement erbrachten öffentlichen Dienste einen größeren und vor allem geachteteren Anteil einnehmen als heute. Mit anderen Worten: Die überwunden geglaubte Subsistenzorientierung wird nicht nur erhalten, sondern gestärkt, weil sie uns dabei hilft, unsere Ansprüche besser an die Natur anzupassen.

### *Wider den Vorrang des Produkts*

Doch scheint es eine schier unlösbare Aufgabe zu sein, von der Priorität des materiellen Konsums Abstand zu gewinnen. Die Industriegesellschaft hat sich seit dem Kommerzialisierungsprozess, der mit der Industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts einherging (McKendrick, Brewer & Plumb 1982), so sehr daran gewöhnt, durch das Haben materieller Konsumgüter das Sein zu symbolisieren oder zu ersetzen, dass das „Haben wollen“ (Ulrich 2006) zum Motor dieser Gesellschaft geworden ist. Voller Zähigkeit klammert man sich an den Glauben, mit der Subsistenzgesellschaft auch die Notwendigkeit hinter sich gelassen zu haben, die eigenen Vorstellungen und Ansprüche an die naturgegebene Begrenztheit des „Raumschiffs Erde“ (Boulding 1966) anzupassen.

Dahinter steht die Verheißung des Industriezeitalters, die Lösung aller menschlichen Probleme sei von der *Verbesserung* der äußeren Lebensbedingungen zu erwarten (Polanyi 1978, 59 ff.), und diese vom Fortschritt der technischen Verfahren und Produkte. Der Erfolg des Technischen Fortschritts hat einen Vorrang der technischen Innovation vor der sozialen begründet, der geradezu mythischen Charakter angenommen hat. Aus der Physik kam die Verheißung, die Nutzung der Atomkraft durch Kernspaltung und Kernfusion werde unerschöpfliche, beherrschbare Energiequellen liefern. Ökonomen bestehen darauf, der freie Wettbewerb werde immer neue Lösungen für die Substitution der nichterneuerbaren Ressourcen finden. Biologen und Mediziner verkünden, „die transgene Revolution werde den Ausbruch von Krankheiten verhindern“ (Testart 2006, 13).

So muss nicht nur das Vertrauen in die Erfüllungskraft des Konsums revidiert werden, sondern das ihm zugrundeliegende rationalistische Vertrauen in technische Produkte, das seit der Industriellen Revolution die Köpfe beherrscht hat (Brödner 1997). Wo es heute noch wirksam ist, da betrachtet man Produktion und Konsum nach dem Muster des Uhrwerks als program-

mierbar, sieht auch im Menschen nicht mehr als eine Maschine und strebt unablässig danach, ihn in der Produktion durch Maschinen zu ersetzen – weil diese zu dem, was Maschinen können, fähiger sind als er – und ihn auch im Konsum nach Möglichkeit zum programmierbaren Abnehmer der Produkte zu machen.

Das erweist sich mehr und mehr als Anachronismus, denn seit den 1980er Jahren tritt „an die Stelle des Newtonschen Verständnisses der Natur als Uhrwerk und des Credo vom cartesianischen Subjekt, das sich die Natur aufgrund sorgfältiger Analyse zu unterwerfen vermag, das Paradigma der Selbstorganisation,“ die Vorstellung einer „Organisation von Organisation, die sich spontan selbst hervorbringt“ (Brödner 1997, 29 f.).

Zur Selbstorganisation ist weder die Maschine noch der Computer in der Lage, sondern nur der Mensch; statt ihn zu ersetzen oder der jeweiligen Technik zu unterwerfen, wäre es schon den hochkomplexen und schnell wechselnden Ordnungen der modernen Marktproduktion angemessen, ihm Arbeitsbedingungen zu schaffen, in denen er eigenverantwortliche Handlungskompetenz entfalten kann. Denn „anders als bei der toten Arbeit, vergegenständlicht in den Kapitalgütern, die sich im Gebrauch verzehren, nimmt die Kompetenz der lebendigen Arbeit durch Nutzung nicht ab, sondern zu (unter ausreichenden Bedingungen, versteht sich). Handlungskompetenz wächst mit jeder Aufgabe, die neue Herausforderungen stellt“ (Brödner 1997, 26).

An neuen Herausforderungen mangelt es nicht. Sie bestehen zum Beispiel darin, die Produktivität der naturgegebenen Ressourcen, die Öko-Effizienz, soweit zu erhöhen, dass die Herstellung der materiellen Güter, der Transportleistungen und der sonstigen Dienste, die für 7 Milliarden Menschen gebraucht werden, die begrenzten Rohstoffe und Ökosysteme nicht aufzehrt, sondern regeneriert. Diese Aufgabe ist schon schwierig genug; bisher wird sie nicht gelöst, wie das Abschmelzen der Polkappen, die Verknappung des Erdöls, die Überfischung der Meere oder die zunehmende Wüstenbildung beweisen.

Aber das ist noch nicht alles. Neue Herausforderungen bestehen auch darin, den Rebound-Effekt der Öko-Effizienz zu vermeiden. „Rebound, zu deutsch ‚Abprall‘, ist z.B. aus dem Basketball bekannt. Rebound ist, wenn der Ball sein Ziel, den Korb, nicht erreicht, etwa vom Ring abspringt. Auch die Medizin kennt den Rebound-Effekt. Hier bedeutet er, dass ein Medikament seine Wirkung nicht erreicht“, etwa, wenn man durch das Einnehmen eines Magensäure bindenden Mittels erst recht Magensäure produziert. Auch in der

Ökologienpolitik „verursacht der Rebound-Effekt eine Überkompensation ... Öko-Effizienz steht in so hohem Ansehen, weil sich mit ihr die Hoffnung verbindet: Wenn wir aus Energie und Stoffen genug Leistung herausholen, kann alles so bleiben wie bisher. Das freilich ist ein Trugschluss.“ Die Einsparung verführt zum Mehrverbrauch. „Weltproduktion und Welthandel wachsen so stark, dass sie die Einsparung von Energie und Stoffen durch Öko-Effizienz weit übersteigen“ (Luhmann 2006).

Das kann man auch anders sagen: Der technische Genius hat die Menschheit mit so rasant zunehmendem Schwung aus den Beschränkungen der ursprünglichen Subsistenzwirtschaft herausgeführt, dass sie nun auf erhöhtem Niveau wieder in einer Situation angekommen ist, in der sie zur Subsistenzorientierung zurückkehren, d.h. sich an die bedrohlich nahe gerückten Naturgrenzen anpassen muss, und das ähnlich wie vorzeiten mit einer Beschränkung der materiellen Güterproduktion. Dies zwar auf bedeutend höherem Niveau, aber erneut in dem Bemühen, die Abhängigkeit von einer nicht durchzuhaltenden Überproduktion zu minimieren.

### *Einsatz für marktfreie Güter*

Das kann nicht schwer sein, sollte man denken, wenn man sich an das Vorbild der Sammler und Jäger erinnert, die dafür immateriellen Luxus eintauschten, indem sie die Pflege und den Genuss menschlicher und sozialer Fähigkeiten und Beziehungen kultivierten. Aber noch ist die Bereitschaft schwach, im Maßhalten bei materiellen Gütern den doppelten Gewinn zu sehen, den es mit sich bringen kann: Stabilisierung der materiellen Produktionschancen und immateriellen Luxus. Denn die Gefährdung der Produktionschancen wird noch immer unterschätzt, Luxus wird noch immer mit materiellem Reichtum assoziiert, und die Anpassung an die Naturgrenzen erscheint als Verzicht, nicht als Gewinn.

So wissen wir zwar längst, was zu tun ist; man kann es immer wieder in den Zeitungen lesen (als ein Beispiel: Vorholz 2006). Aber wie wir uns selbst dazu bringen können, Subsistenzorientierung zu praktizieren, das wissen wir nicht. Eines scheint sicher: Mit der Einsicht ist es nicht getan. Umweltbewusstsein im Denken führt noch nicht zum umweltbewussten, verantwortlichen Handeln. Zu tief eingewurzelt ist „die Konsumentenmentalität, die Unwilligkeit zur Teilhabe an Verantwortung“ (C.F. vonWeizsäcker 1978, 76). Gebrauch



werden Systemregeln, die die Individuen und Organisationen durch Anreize und Gebote auf den richtigen Weg bringen. Das können die bisherigen Regeln nicht sein, denn sie haben uns dazu angehalten, auf Kosten der natürlichen und der sozialen Mitwelt zu leben.

Es müssen Regeln sein, die nicht etwa einen statischen Gleichgewichtszustand sichern, sondern eher die Aufrechterhaltung eines Potentials, das in ständiger evolutorischer Entwicklung ist (vgl. Küster 2005). Dieses variable Ziel ist erreicht, wenn es keine die Tragfähigkeit der Erde übersteigende Abwälzung privater Kosten auf Umwelt und Gesellschaft (*Externalisierung*) mehr gibt. Aber das ist eine theoretische Zielvorstellung. In der Praxis wird sie noch lange nicht konsequent befolgt; in ihren aktuellen Handlungen haben sich weder die Regierungen noch die einzelnen Menschen aus der oben erwähnten Verheißung der Verbesserung und des Überflusses gelöst, die das Industriezeitalter ihrem Bewusstsein eingeprägt hat.

Diese Verheißung hat von Anfang an ignoriert, dass der industrielle Fortschritt sich der Externalisierung bedient. Die Verheißung findet nichts dabei, dass die Verbesserung auf Kosten der Mitwelt erreicht wird, auf Kosten der natürlichen Mitwelt bis hin zur eigenen leibseelischen Gesundheit, auf Kosten der sozialen Mitwelt bis hin zu den eigenen Frauen und Kindern. Sie vernachlässigt beide, weil sie die Verbesserung allein von dem wachsenden Überfluss an *marktgängigen Gütern* erwartet, in der Annahme, dass mit diesen alle Bedürfnisse des Menschen abgedeckt würden.

Diese Annahme konnte Adam Smith noch vertreten (Hirschman 1980, 116 ff.), weil im 18. Jahrhundert nicht erkennbar war, in welchem Ausmaß die Externalisierung privater Kosten den kulturellen Prozess der *Commodifizierung*, der Verwandlung von sozialen Beziehungen in Waren (commodities), über die naturgegebenen Grenzen der Umwelt und des Menschen hinaus-treiben würde, indem sie die Waren subventionierte, also billiger machte als sie sein müssten, wenn alle Kosten in Rechnung gestellt würden. Inzwischen aber wissen wir es besser. Denn die überfließende Zunahme der Markt-güter drängt die nichtsubventionierten Bedürfnisse nach *marktfreien Gütern* zurück:

- Bedürfnisse der Menschen nach selbstbestimmter Entfaltung, gesunder Lebensführung, menschlicher Zuwendung, sozialer Eingebundenheit, gemeinschaftsbezogenem Handeln werden von der Expansion der Markt-

güter an den Rand gedrängt, weil der Stress der Berufsarbeit und die Fülle der gütergebundenen Beschäftigungen in der restlichen Zeit, allen voran das Fernsehen, immer weniger Raum für sie lassen.

- Bedürfnisse der Öffentlichkeit, der Regionen, Kommunen und sozialen Gruppen nach gemeinnützigem Einsatz für ihre Interessen werden zum Teil nicht erfüllt, weil sie nicht bezahlt werden können, und finden selbst dort, wo sie freiwillig und ehrenamtlich erfüllt werden, keine angemessene Beachtung, weil das Verständnis für informelle, unbezahlte Arbeit geschwunden ist.
- Bedürfnisse der eigenen Gesellschaft nach Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit sind durch die sich immer weiter öffnende Schere zwischen den Verteilungsansprüchen des Kapitals und den verbleibenden Arbeits-einkommen gefährdet.
- Bedürfnisse künftiger Generationen nach Erhaltung des Potentials von Natur- und Sozialkapital werden hinter dem heutigen Wirtschaftswachstum zurückgestellt.
- Bedürfnisse gering industrialisierter Länder nach gerechter Teilhabe am Welthandel, Schutz vor der Auslagerung industrieller Umweltschäden, Respekt für den eigenen Entwicklungsweg usw. werden vom Eigeninteresse der Industrieländer überspielt.

Generell werden marktfreie Güter deshalb verdrängt, weil die Marktgüter durch Externalisierung von Kosten *verbilligt* sind, die marktfreien Güter aber nicht. Das lässt diese, die ja von den Menschen selbst „hergestellt“ werden müssen, aufwendiger erscheinen als die Marktgüter, die man kaufen kann. Von den Marktgütern können die Produzenten mehr absetzen und die Konsumenten mehr kaufen als wenn sie für die vollen Kosten aufkommen müssten, deshalb entsteht die *Überproduktion* an Marktgütern, der Substanzverzehr (Scherhorn 2007).

Marktfreie Güter aber sind doppelt benachteiligt – nicht nur dass sie in der Relation zu den Marktgütern als aufwendiger empfunden werden, überdies ist ein großer Teil von ihnen, die Haus- und Familienarbeit, einer gesellschaftlichen Gruppe zugewiesen, die zur Herstellung der Marktgüter nur hilfsweise und mit geringeren Funktionen und Einkommen zugelassen ist, nämlich den Frauen.

Das kommt einer zweiten Externalisierung gleich, denn die unentgeltliche Sorge für Haus und Familie ist eine Bedingung dafür, dass die Männer sich

voll der Erwerbsarbeit widmen können. Sie stellt in diesem Sinn Kosten der Erwerbsarbeit dar, die nun aber auf die billigere Frauenarbeit abgewälzt werden, was die marktfreien Güter abwertet – die häusliche und familienbezogene Tätigkeit wäre weit angesehener, wenn sie zu gleichen Teilen von der „wertvolleren“ Männerarbeit besorgt würde. Die Abwertung färbt auch auf andere Bereiche der unentgeltlichen, informellen Arbeit ab (nicht auf alle, z.B. nicht auf manche Hobbys), so dass die informellen Tätigkeiten in ihrer Relation zu den Marktgütern zugleich als *aufwendigere* und als *niedrigere* Dienste angesehen werden.

Diese Abwertung der marktfreien Güter ist für das städtische Leben kontraproduktiv. Das zentrale Merkmal der urbanen Subsistenz ist nicht die Eigenproduktion land- und hauswirtschaftlicher materieller Güter, sondern eine selbsttätige Versorgung mit – privaten oder öffentlichen – marktfreien Gütern, die die dabei nötigen Marktgüter subsidiär heranzieht, sich aber nicht vom Markt abhängig macht.

### *Auf dem Weg in die Tätigkeitsgesellschaft?*

Das steht nur zum Teil im Gegensatz zu der Erwartung, dass die häuslichen Dienste im Verlauf des wirtschaftlichen Fortschritts vom Markt übernommen werden würden. Denn natürlich gibt es im häuslichen Bereich noch manche Dienstleistung, die nicht im Prinzip marktfrei ist und auch über den Markt gehen könnte. Derzeit allerdings steht dem die sich öffnende Schere der steigenden oberen Einkommen und der zurückbleibenden unteren entgegen. „Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto geringer ist das Arbeitsvolumen in [sozialen und persönlichen] Dienstleistungen: je egalitärer die Einkommensstrukturen, desto größer ist die Nachfrage nach sozialen und persönlichen Dienstleistungen und das entsprechende Arbeitsvolumen“ (Bosch & Wagner 2002, 490). Genauer: Damit mehr häusliche Dienste bezahlt werden könnten, müssten vor allem die mittleren Erwerbseinkommen zunehmen. Doch der arbeitsparende technische Fortschritt lässt die Erwerbseinkünfte der unteren drei Viertel der Einkommenspyramide eher schrumpfen, und diese Tendenz erweist sich einstweilen als stärker.

Mehr denn je scheinen, wie Carl Friedrich von Weizsäcker (1978, 110) feststellte, „drei Zwänge fast unabänderlich: 1. Die Rationalisierung schreitet fort. 2. Damit ist der Zwang unausweichlich, entweder das Wirtschaftswachstum

zu verstärken oder die Arbeitszeit zu reduzieren. 3. Faktisch bleibt das Wirtschaftswachstum (bei uns, d.h. in den [reifen, GS] Industrieländern) langsam, und die strukturelle Arbeitslosigkeit wächst solange, als andere Verteilungsschlüssel der Arbeitszeit nicht gefunden sind.“

Zu 1: Die Rationalisierung der Erwerbsarbeit hat sich seit damals noch um ein Vielfaches gesteigert, weil sie sich immer stärker darauf stützt, „dass das formale Wissen, losgelöst von jeglichem Produkt, in das es eingegangen ist oder eingehen wird, in Form von Software von selbst produktiv wirken kann ... Anders gesagt, es erspart Unmengen von bezahlter gesellschaftlicher Arbeit und verkleinert folglich den (monetären) Tauschwert einer wachsenden Anzahl von Produkten und Dienstleistungen“ (Gorz 2004, 49). Für die wegfallende Erwerbsarbeit aber gibt es in einem reifen Industrieland auf halbwegs zumutbarem Lohnniveau nicht so viel an anderen Verwendungen, dass Vollbeschäftigung bei Vollzeitarbeit wieder erreichbar wäre. Im besten Fall wird die Arbeitslosigkeit auf etwa 5 Prozent reduziert, wie in anderen Industrieländern Europas, doch das darf man nicht Vollbeschäftigung nennen.

Zu 3: Denn das Sozialprodukt der Bundesrepublik wächst linear, nicht exponentiell. Es ist seit 1950 in jedem Jahrzehnt um rd. 500 Mrd. DM gewachsen, aber 1950 lag das Anfangsprodukt noch bei knapp 500 Mrd. DM, während es 1990 schon rd. 2 500 Mrd. DM betrug. In Relation zum jeweiligen Anfangsbetrag wird also das Wachstum immer langsamer, der Trend der jährlichen Wachstumsraten 1950 bis heute ist von über 10 Prozent auf 1,6 Prozent gesunken (Afheldt 2003, 15). Mit dem gleichbleibenden absoluten Zuwachs kann man zwar ganz zufrieden sein, er betrug früher im Jahresdurchschnitt 50 Mrd. DM und liegt heute im Mittel bei 36 Mrd. EUR, aber was damit an Nachfrage zuwächst, braucht keine zusätzlichen Produktionskapazitäten, es kann durch Nutzung und Erneuerung der vorhandenen bequem bestritten werden.

Zu 2: Also wird das Arbeitsvolumen reduziert, allerdings vorerst auf dem denkbar schlechtesten Weg, nämlich durch Arbeitslosigkeit. Doch da dieser Weg nicht längere Zeit durchzuhalten ist, wird er in einen anderen einmünden, in die Verkürzung der Arbeitszeit. Rechnerisch genügt bei 10 Prozent Arbeitslosen schon eine zehnpromtente Verkürzung, um wieder Vollbeschäftigung – bei geringerer Durchschnitts-Arbeitszeit – zu erreichen. Dazu braucht niemand gezwungen werden, weniger zu arbeiten und zu verdienen; es genügt die

Reduktion bei denjenigen, die ohnehin den Wunsch haben, auf Teilzeitarbeit zurückzugehen, ein Sabbatjahr einzulegen oder ähnliches, und die Abfederung dieser Wünsche bei den Arbeitgebern, damit deren Kosten für zwei Halbtage nicht höher sind als für einen Ganztage.

Nötig ist also eine „Liberalisierung des Arbeitsmarktes ... im Sinne einer größeren Freiheit für den einzelnen, ob und wann er seine Zeit für sich, ob und wann er sie für bezahlte Arbeit verwenden will („Zeitsouveränität“)“ (Weizsäcker 1978, 113). Das ist keine Beschäftigungspolitik, die je nach der konjunkturellen Lage variiert, sondern eine ordnungspolitische Neujustierung der Relation zwischen Erwerb und Subsistenz, die den Präferenzen der Menschen auch früher schon entsprochen hätte (Scherhorn 1978), nun aber auch im Interesse der nachhaltigen Entwicklung geboten erscheint. Hohe und langdauernde Arbeitslosigkeit bedeutet Marginalisierung, und diese bewirkt Apathie einerseits und Polarisierung, Radikalisierung, Kriminalität andererseits. Beides zusammen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung.

Man muss sich vor Augen halten, dass das Ziel der Industrialisierung nicht nur in der Mehrung des materiellen Wohlstands, sondern immer auch darin gesehen wurde, dass die Menschen das, was sie an Marktgütern brauchen, mit weniger Arbeit – und schließlich in einer menschenwürdigen Zeitspanne – hervorbringen können. „Der Klassenkampf der Arbeitsgesellschaft ging immer um die Verringerung der Arbeit. Vom Verbot der Kinderarbeit über den Achtstundentag bis zum Urlaubsgeld für zwanzig und mehr Tage ging es immer darum, Arbeit zurückzudrängen“ (Dahrendorf 1983, 91). Die tatsächliche Entwicklung hat diesem Ziel entsprochen, denn das Arbeitsvolumen in den Industrieländern hat seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich abgenommen (Schildt 2006). Den Sinn dieser Reduktion kann man nicht allein im Zuwachs an Ablenkung, Zerstreuung, Belustigung sehen. Menschen brauchen berufsfreie Zeit

- zur eigenen Regeneration und Weiterentwicklung: Essen, Spielen, Kneipenbesuch; Lesen, Informieren, Lernen; körperliche Bewegung wie Wandern und Sport; kreative Tätigkeiten (Musik, Werken, Kunst); Pflege menschlicher Beziehungen.
- für die Eigenproduktion in Hauswirtschaft und Kindererziehung, in der Pflege Kranker und Alter, beim Kochen, Ausbessern, Reparieren, Renovieren,

Werken, Gärtnern, also für Tätigkeiten, die das Realeinkommen erhöhen, denn man müsste die Leistungen sonst kaufen;

- und nicht zuletzt brauchen sie Zeit für das Gemeinwesen: Nachbarschaftshilfe, Stadtteilarbeit, bürgerschaftliches Engagement.

Das sind Zeitverwendungen, die zwar auch mit dem Konsum von Marktgütern verbunden sein können, im Ganzen aber eher den Charakter von marktfreien Gütern haben. Wenn sie zunehmen, weil der Beruf und die Konsumgüter nicht mehr ganz so viel von der verfügbaren Zeit absorbieren, nützt das der Gesundheit, dem Wohlbefinden, der Lebenshaltung, dem Gemeinwesen, der nachhaltigen Entwicklung.

Zugleich sind es eher selbstbestimmte Zeitverwendungen. Mögen sie auch nicht immer beliebt sein, so kann man doch weitgehend selbst entscheiden, wann und wie man sie verrichtet. Weil man sie selbst gestalten kann, erhöhen sie die Lebensqualität oft mehr als die Berufsarbeit. Dahrendorf (1983) hat sie als *Tätigkeiten* bezeichnet, um sie von der eher fremdbestimmten Arbeit zu unterscheiden.

Von ihm stammt die Vorstellung von der *Tätigkeitsgesellschaft*, in der „ein Leben autonomer Tätigkeit als Modell gilt, als Hoffnung für viele, Chance für manche, Realität schon heute für nicht ganz wenige;“ in der Bildung „immer einen Überschuss über das von der Berufswelt Verlangte“ enthält; in der „der Versuch vieler Menschen, ihr eigenes Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, Unterstützung verdient“ (a.a.O., 95). Es wird noch vieler Unterstützung bedürfen, bis diese Vorstellung allgemeine Geltung erlangt; dennoch ist die Tätigkeitsgesellschaft in Ansätzen „schon unter uns“ (a.a.O., 96).

## 1.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft

Das soll in der Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements deutlich werden, deren Ergebnisse wir im zweiten Teil dieses Buches vorlegen. Die Anpassungsfähigkeit der Städte an sich ändernde Nutzungs-, Versorgungs- und Gestaltungsanforderungen hängt zu einem guten Teil davon ab, dass der Stadtraum und die Infrastruktur ausreichende Möglichkeiten für die *zivilgesellschaftliche* Beteiligung von Bürgern an der Produktion von Gemeinschaftsgütern bieten. Die informellen Selbstversorgungsstrukturen unserer

Großstädte bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur, und ohne die strukturelle Fundierung bürgerschaftlicher Selbsttätigkeit ist eine zukunftsfähige Stadt nicht denkbar.

### *Subsidiarität und Solidarität*

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird umgangssprachlich sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet, sowohl für einen bestimmten Teilbereich der Gesellschaft als auch als Leitbild für die Gesellschaft insgesamt. Wir finden es für unsere Zwecke hilfreich, den Begriff durch das Merkmal der *zivilen Auseinandersetzung* zu definieren. *Zivil* soll heißen, dass konträre Positionen und Interessen nicht mit politischer Gewalt ausagiert, sondern mit friedlichen Mitteln austariert werden.

Das bringt nicht automatisch gerechte Lösungen hervor. Aber das Prinzip der Zivilität macht gerechte Lösungen wahrscheinlicher, und das umso mehr, je stärker die ergänzenden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ausgeprägt sind. *Subsidiarität* bringt zum Ausdruck, dass die Wahrung von Gruppen- und Gemeinschafts-Interessen auch ohne Unterwerfung unter obrigkeitliche Gewalt aus der Gesellschaft heraus möglich ist, durch Eigenständigkeit, Diskurs und Aushandeln. *Solidarität* bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Interessenwahrung kooperatives Handeln erfordert.

Zivil und im Ansatz subsidiär und solidarisch kann auch ein Ständestaat verfasst sein, aber es ist klar, dass das Prinzip der Subsidiarität in einer demokratischen Gesellschaft sehr viel weiter ausgebaut ist, weil es dort nicht auf die Vermittlung durch Standesvertretungen angewiesen ist, sondern direkt für die Bürger und ihre spontanen Gruppierungen gilt. Deshalb kann man von einer fortgeschrittenen Form der Zivilgesellschaft sprechen, wenn dem bürgerschaftlichen Engagement selbst die Möglichkeit eingeräumt ist, Funktionen der Zivilgesellschaft subsidiär in eigene Regie zu nehmen. Es sind insbesondere zwei Funktionen, die zweite ist der engere Gegenstand unserer Untersuchung:

- Das *Austragen* gesellschaftlicher Konflikte um die Befriedigung von Ansprüchen bzw. die Berücksichtigung von Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich vernachlässigt oder übergangen fühlen.



- Die *Versorgung* mit privaten und Gemeinschaftsgütern, die von den zentralen und intermediären staatlichen oder kommunalen Organen nicht zur Verfügung gestellt werden und auch vom Markt, genauer: den Produktions- und Handelsunternehmen, nicht bedient werden oder durch bürgerschaftliche Initiative besser oder erschwinglicher hergestellt werden.

Zivilgesellschaft ist also der Begriff für das Ganze einer zivil, subsidiär und solidarisch verfassten Gesellschaft, er umfasst die Organe der staatlichen und kommunalen Gewaltenteilung, die intermediären Organisationen wie Kirchen, Universitäten, Wohlfahrtsverbände, die Markt- und Wirtschaftsinstitutionen – Unternehmen, Verbände, Börsen usw., Konsumenten – und nicht zuletzt die Gruppen, Vereine und Initiativen, in denen sich Menschen mehr oder weniger spontan und ehrenamtlich zu bürgerschaftlichem Engagement zusammenfinden.

Daran zeigt sich, wie interaktiv miteinander verflochten die Akteure der Zivilgesellschaft sind. Bei der Feuerwehr etwa wird eine staatliche Pflichtaufgabe, jedenfalls in kleineren und mittleren Städten, noch überwiegend bürgerschaftlich getragen. Schulen sind als ausführende Organe eines von der Politik festgelegten Curriculums zunächst einmal Institutionen der staatlich-administrativen Sphäre. Gleichzeitig befinden sich Schulen in konkreten Stadtteilen, engagiert sich eine an der Ausbildung der eigenen Kinder interessierte Elternschaft für die Schule, gibt es zahlreiche Querverbindungen, „wirkt“ die Schule und ihr heimlicher Lehrplan im Quartier etc. und ist Schule deshalb in dieser Rolle ein bürgerschaftlicher Akteur.

Ähnliches gilt für kommunale Entscheidungsinstanzen: Als Organe der Verwaltung sind sie Teil der staatlichen Hierarchie, aber als Akteure vor Ort, die durchaus auch mit (teil-)autonomen Interessen agieren, sind beispielsweise die Mitglieder in einem Stadtteilbeirat auch Akteure der Zivilgesellschaft. Ein Geschäft kann auch in bürgerschaftlicher Trägerschaft, z.B. zur Versorgung mit Bioprodukten, geführt werden. Ein Laden, eine Werkstatt im Stadtteil sind marktwirtschaftliche Unternehmen, die aber durch ihr Engagement z.B. zur Beschäftigung Jugendlicher im Stadtteilleben auch einen zivilgesellschaftlichen „Mehrwert“ erzeugen können. Ein Copy-Shop dient gleichzeitig als Umschlagplatz wichtiger kultureller Informationen und als Begegnungsplattform verschiedener Nationalitäten u.s.f.

Es sind diese sich überlappenden Übergänge, die die Wirksamkeit von Zivilgesellschaft im Kern ausmachen und zu einer Selbststabilisierungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft oder aber auch zu neuen Hegemoniekonstellationen führen.

Während die *staatliche* Regelung von Konflikten und Ansprüchen durch ein eher starres, formalisiertes Regelsystem, formale Voraussetzungen, feste Zuständigkeiten, Sanktionsmöglichkeiten und Hierarchien geprägt ist und die *marktökonomische* durch den formellen Austausch von Leistungen und Waren, die Verpflichtung zu monetären Zahlungen und geldwerten Gegenleistungen, zeichnet sich das *zivilgesellschaftliche* Vorgehen durch ein komplexes, ständig sich veränderndes, von allen Beteiligten anerkanntes stillschweigendes ziviles Reglement aus, das es ermöglicht, Interessen zu formulieren und zu erfüllen bzw. Partikularinteressen ohne physische Gewaltanwendung durchzusetzen.

Ziviler Interessenausgleich und zivile Selbsttätigkeit beginnen beim nicht-organisierten, spontanen Handeln im Alltag, etwa wenn Konflikte im öffentlichen Raum ohne Einschalten der Polizei oder eines Rechtsanwalts gelöst werden oder wenn eine Gruppe oder Nachbarschaft notwendige Dienste leistet, ohne Geld zu verlangen, auf öffentliche Zuschüsse zu warten oder auf ihre formale Nichtzuständigkeit hinzuweisen.

Die bürgerschaftlichen Akteure können sich zur Bündelung von Interessen aber auch zusammenschließen und dazu unterschiedliche Organisationsformen wählen – von nicht hierarchisch aufgebauten, nicht professionalisierten, spontan oder auch regelmäßig handelnden Bündnissen oder Initiativen bis hin zu überlokal agierenden Großorganisationen. Gemeinsam ist ihnen, dass nicht staatlicher oder ökonomischer Zwang, sondern ein Thema oder ein Interesse die Gruppe verbindet und dass die jeweilige Gruppe darin eine Möglichkeit sieht, das gesellschaftliche Zusammenleben in bestimmter Richtung (durch bestimmte Akteure, in bestimmten Räumen) zu gestalten.

### *Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz*

Im *ersten* Teil des Buches wird dieses produktive Engagement in den größeren Zusammenhang der informellen Wertschöpfung eingeordnet, zu der sie beiträgt; wie die informelle Bürgerarbeit die informelle Eigenarbeit in den privaten Haushalten ergänzt, so ergänzt die Gesamtheit der informellen Tätigkeiten in Bürgerarbeit und privater Eigenarbeit die Gesamtheit der formellen,

erwerbswirtschaftlichen Wertschöpfung. Noch ist nur die Erwerbsarbeit im Sozialprodukt sichtbar, doch immer deutlicher zeichnet sich ab, dass eine zukunftsfähige Gesellschaft nicht mehr denkbar sein wird ohne Würdigung und Förderung der zweiten Säule des Wohlstands, der informellen Arbeit.

Das ist vorerst noch schwer zu verstehen, weil man sich nicht vorstellen kann, wie informelle, freiwillige und unbezahlte Tätigkeiten unter Wahrung ihrer Besonderheit in ein System integriert werden könnten, das auf formell geregelter und unter den Zwang des Einkommenserwerbs gestellter Arbeit beruht. Um das Besondere der informellen Arbeit geht es im *dritten* Teil, um ein Verständnis für ihre andere, aber nicht geringere Motivation und Produktivität. Denn sie trägt zum Wohlstand bei, *weil* sie anders motiviert und anders produktiv ist als die Erwerbsarbeit. In der Untersuchung der bürgerschaftlichen Wertschöpfung haben wir die folgenden Fragen untersucht:

- Schafft bürgerschaftliches Engagement eine eigenständige Infrastruktur? Werden städtische Räume dadurch bereichert?
- Welcher Art ist diese Infrastruktur, wie ist ihre räumliche Verortung und Anordnung? Wie ist sie intern vernetzt, und in welcher Beziehung steht sie zum Markt und zur Kommunalpolitik?
- Welchen Beitrag zur alltäglichen Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben, zur funktionellen Vielfalt und zur Anpassungsfähigkeit einer Stadt leistet die unbezahlte, freiwillige, nichterwerbswirtschaftliche – und deshalb meist unsichtbare – Arbeit der Bürger?
- Wieweit kann sie die öffentlichen Haushalte entlasten?

Als wir mit der Untersuchung begannen, hatten wir zwar bereits eine hohe Meinung von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung all der selbstversorgerischen Tätigkeiten, die ohne Geld geleistet werden, aber die Ergebnisse haben unsere Erwartungen noch übertroffen. Dabei konnten wir nur einen Teil der unsichtbaren Arbeit untersuchen; das Thema ist so komplex und seine Erforschung wegen des Fehlens belastbarer Daten so aufwendig, dass man seine begrenzten Mittel auf einen Ausschnitt konzentrieren muss.

Das Segment, das wir ausgewählt haben, ist die selbstbestimmte, ehrenamtliche, gemeinschaftsorientierte *Tätigkeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen*. Es umfasst nicht die Gesamtheit des zivilgesellschaftlichen Engagements, denn wir mussten vieles ausklammern, was Bürger spontan und

unorganisiert, einzeln oder in vorübergehenden Gruppierungen, für die Gemeinschaft leisten.

Mit „bürgerschaftlichen Einrichtungen“ sind Initiativen, Arbeitskreise, Vereine, NGOs gemeint, die sich sozialen und soziokulturellen Bedürfnissen widmen, wie der Linderung sozialer Probleme, der Bereitstellung kultureller Angebote für den Alltagsbedarf von Bürgern oder der Gemeinwesenarbeit. Die erbrachten Leistungen beruhen wesentlich auf der ehrenamtlichen Arbeit, auch dort, wo diese von hauptamtlich Tätigen unterstützt wird.

Einrichtungen mit anderer Zielsetzung, z.B. Sportvereine oder Karnevalsgesellschaften, wurden nicht einbezogen. Auch in ihnen gibt es ehrenamtliche Arbeit; sie wird überwiegend von den Freizeit-Zielen der Einrichtungen bestimmt und steht oftmals der Eigenarbeit näher als der Bürgerarbeit. Wir haben auch auf die Untersuchung von ehrenamtlichen Tätigkeiten in Pfarreien verzichtet, so verdienstvoll diese sind, weil die Kirchen einen hohen Formalisierungsgrad haben und wir der Subsistenz eine hohe Informalität der Leistungen und Organisationsstrukturen zuordnen. Mit dieser Begründung wurden auch Parteien, Berufsverbände, Schulen, Stiftungen und die großen Wohlfahrtsverbände aus der Untersuchung ausgeklammert.

In den ausgewählten bürgerschaftlichen Einrichtungen stellt sich die Infrastruktur der urbanen Subsistenz gleichsam in reiner Form dar. Sie sind stadträumlich verortete Plattformen für Bürgerarbeit, sie stellen quasi Unternehmen der Zivilgesellschaft dar und sind deshalb wesentlich stärker von stadtplanerischen und stadtpolitischen Prozessen betroffen als jene Einrichtungen, die einen finanziellen Rückhalt in öffentlichen Haushalten, intermediären Korporationen oder im Markt haben. Gewiss reicht der Kreis der bürgerschaftlichen Selbsttätigkeit über den von uns untersuchten Kern hinaus, aber die Problematik der urbanen Subsistenz tritt in diesem Kern sehr klar zutage.

Sie zeigt sich z.B. darin, dass man in der Kommunalpolitik durchaus hohe Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement stellt, sich aber wenig Gedanken darüber macht, welche sozialräumlichen, wirtschafts- und kommunalpolitischen Strukturen und Vorgaben die Bürgerarbeit ermöglichen und auf welche Förderung sie angewiesen ist. Das hängt auch damit zusammen, dass das Besondere, Unersetzliche an den bürgerschaftlichen Leistungen wohl erst dann gewürdigt werden kann, wenn es nicht durch die Brille geld- und erwerbswirtschaftlicher Vorstellungen und monetärer Wertschöpfungsketten gesehen wird.

In der Untersuchung ist uns immer wieder bewusst geworden, in welchem hohem Maß die ‚Unsichtbarkeit‘ der informellen, nichtmonetären, bedarfsorientierten Tätigkeiten darauf beruht, dass der Blick für die besondere Qualität dieser Tätigkeiten versperrt ist. *Besonders* sind sie ja nicht immer im Sinne der *besseren*, sondern der *eigenen* Qualität: Sie dienen der selbsttätigen Versorgung mit privaten und öffentlichen, materiellen und immateriellen Gütern, sie sind komplementär zur Erwerbswirtschaft und zugleich mit dieser verwoben, sie brauchen und schaffen ihre eigene Infrastruktur, die die erwerbswirtschaftliche ergänzt und bereichert. Deshalb wollen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung auch daran messen, wieweit es uns gelingt, das Besondere, Unverwechselbare und Unersetzliche dieser Tätigkeiten deutlich zu machen.

Weder über das Ausmaß noch die Ausprägungen von Bürgerarbeit gibt es bisher valide Zahlen und Erhebungen, die für unsere Untersuchung eine befriedigende Grundlage liefern konnten; so mussten wir mit unseren Untersuchungen nahezu bei Null beginnen. Um dennoch im Rahmen der verfügbaren Forschungsmittel möglichst zu allgemeingültigen Aussagen zu kommen, haben wir die drei sehr unterschiedlichen Städte Berlin, Stuttgart und Köln vergleichend untersucht.

Dabei war als *erstes* zu recherchieren, wie viele Einrichtungen der selbstbestimmten Bürgerarbeit es in den drei Städten überhaupt gibt; verlässliche Adresslisten existieren nicht, und schon nach wenigen Jahren müssen die bereits gesammelten Adressen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Als *zweites* folgte der Schritt, diese Einrichtungen stadträumlich zu verorten, zu kartieren und ihre Verteilung zu analysieren. *Drittens* galt es das Vorkommen der bürgerschaftlichen Einrichtungen in Beziehung zur Verteilung marktlicher und öffentlich-kommunaler Institutionen zu setzen, um Synergien und Komplementaritäten zwischen den Sektoren zu erkennen.

*Viertens* war zu ermitteln, welchen Zielgruppen und Themen bürgerschaftliche Einrichtungen gewidmet sind, welche Leistungen und Angebote sie erbringen, wie sie sich finanzieren bzw. arbeitsfähig erhalten und was ihre Arbeit behindert oder befördert. Und *fünftens* musste herausgefunden werden, wie die bürgerschaftlichen Einrichtungen interagieren, wie sie vernetzt sind und auf welche Weise sie im Stadtraum sozial, aber auch politisch wirksam werden, wie sie den Standort prägen und verändern.

Erst auf diesem Set von quantitativen und qualitativen Informationen konnte die Frage nach der Bedeutung der Bürgerarbeit für die Funktions- und

Wie gestalten wir Wohlstand zukunftsfähig – obwohl es immer weniger Erwerbsarbeit für alle gibt?

Wie müssen Wettbewerb und Kooperation zusammenwirken?

Wie verbessern wir die Balance zwischen den Marktgütern und den marktfreien Gütern, die heute so stark gefährdet erscheint?

Marktfreie Güter wie menschliche Zuwendung, selbstbestimmte Lebensführung, gesellschaftliche Integration und soziale Verantwortlichkeit sind nicht zu kaufen. Sie werden in Familie und Gruppe, in Nachbarschaft und bürgerschaftlichem Engagement hervorgebracht. Und sie sind nötiger denn je – zumal in den städtischen Räumen. Ausgehend von empirischen Untersuchungen, zeichnen die Autoren die Ansätze und Perspektiven einer Tätigkeitsgesellschaft, in der sich Erwerbs- und Subsistenzwirtschaft produktiv ergänzen.

Ein Grundlagenwerk mit visionärer Perspektive für bürgerschaftliche Akteur\*innen und Politiker\*innen, für Unternehmer\*innen und Stadtplaner\*innen.